



imland gGmbH: Weiterentwicklung der imland gGmbH

VO/2022/174	Fraktionsantrag
nichtöffentlich	Datum: 16.12.2022
<i>FD 1.3 Gremien und Recht</i>	Ansprechpartner/in: Nina Fiedler
	Bearbeiter/in: Klaus Behrens

Datum	Gremium (Zuständigkeit)	Ö / N
19.12.2022	Kreistag des Kreises Rendsburg-Eckernförde (Entscheidung)	N

Begründung der Nichtöffentlichkeit

Gemäß § 41 Abs. 8 KrO ist die Öffentlichkeit auszuschließen, wenn berechtigte Interessen einzelner es erfordern. Es handelt sich um interne Angelegenheiten der imland gGmbH. Insofern liegt ein berechtigtes Interesse hinsichtlich der Nichtöffentlichkeit vor.

Beschlussvorschlag

Die SPD-Fraktion beantragt, der Kreistag möge beschließen,

1. Die Imland gGmbH zieht ihren Antrag auf Insolvenz beim AG Neumünster zurück. Es wird vom Kreis ein Sanierungsmanager eingesetzt, der die Zielsetzungen des Bürgerbescheids umsetzen soll und gegenüber der Geschäftsführung weisungsbefugt ist.
2. Der Kreis schließt mit der Imland gGmbH eine Vereinbarung über die Sicherstellung einer mittelfristigen Finanzierungsvereinbarung.
3. Der Aufsichtsrat der Imland gGmbH wird aufgelöst, er wird mit sachkundigen Personen besetzt, die mit einer 2/3 Mehrheit der Gesellschafterversammlung entsandt werden, wobei der Landrat die Interessen des Kreises als Vorsitzender und geborenes Mitglied des Aufsichtsrates vertritt.
4. Hierzu notwendige Änderungen des Gesellschaftervertrages werden von der Kreisverwaltung vordringlich erarbeitet und dem Hauptausschuss zur Beschlussfassung als Antrag für eine Gesellschafterversammlung und für eine entsprechende Weisung für die Mitglieder der Gesellschafterversammlung vorgelegt.

Sachverhalt

Der Sachverhalt ergibt sich aus der Anlage.

Relevanz für den Klimaschutz

entfällt

Finanzielle Auswirkungen

S. Sachverhalt

Anlage/n:

1	2022-12-16 SPD Haushaltsantrag Imland
---	---------------------------------------



Rendsburg, 16.12.2022

Vorsitzende
des Kreistages Rendsburg-Eckernförde
Frau Dr. Juliane Rumpf

Kreistag am 19.12.22

Anträge zur nachhaltigen Sicherung der Imland gGmbH in kommunaler Trägerschaft

Antrag zu TOP 15 Haushalt 2023

Die SPD-Fraktion beantragt, der Kreistag möge beschließen,

1. Den Haushaltsansatz für die Imland gGmbH von sechs Millionen Euro auf 26 Million Euro zur Erhöhung der Eigenkapitaldecke der Imland gGmbH geändert.
2. Weitere 20 Millionen Euro werden als Verpflichtungsermächtigung für die Imland gGmbH zur Verfügung gestellt, die vom Hauptausschuss frei gegeben werden nach Maßgabe eines erstellten Finanzplans.
3. Die Kreisverwaltung wird beauftragt, umgehend die Stelle eines Sanierungsmanagers für die Imland gGmbH auszuschreiben und zu besetzen. Die Finanzierung erfolgt aus dem Haushaltstitel Imland gGmbH.

Antrag zu TOP 19.2 Imland gGmbH

Die SPD-Fraktion beantragt, der Kreistag möge beschließen,

1. Die Imland gGmbH zieht ihren Antrag auf Insolvenz beim AG Neumünster zurück. Es wird vom Kreis ein Sanierungsmanager eingesetzt, der die Zielsetzungen des Bürgerbescheids umsetzen soll und gegenüber der Geschäftsführung weisungsbefugt ist.
2. Der Kreis schließt mit der Imland gGmbH eine Vereinbarung über die Sicherstellung einer mittelfristigen Finanzierungsvereinbarung.
3. Der Aufsichtsrat der Imland gGmbH wird aufgelöst, er wird mit sachkundigen Personen besetzt, die mit einer 2/3 Mehrheit der Gesellschafterversammlung entsandt werden, wobei der Landrat die Interessen des Kreises als Vorsitzender und geborenes Mitglied des Aufsichtsrates vertritt.
4. Hierzu notwendige Änderungen des Gesellschaftervertrages werden von der Kreisverwaltung vordringlich erarbeitet und dem Hauptausschuss zur Beschlussfassung



als Antrag für eine Gesellschafterversammlung und für eine entsprechende Weisung für die Mitglieder der Gesellschafterversammlung vorgelegt.

Begründung:

Mit dem Insolvenzantrag beim Amtsgericht Neumünster am 09.12.22 ist ein neuer Höhepunkt der finanziellen Schieflage der kreiseigenen Kliniken erreicht.

Neben den von Bundes- und Landesebene gesetzten Rahmenbedingungen, die aktuellen Corona-Pandemie, die Folgen des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine und sind auch hausgemachte Fehlentwicklungen hierfür verantwortlich.

Vorrangige Ziele der SPD-Fraktion sind der Erhalt der Inland gGmbH in Trägerschaft des Kreises, die Umsetzung des Bürgerentscheids mit dem Erhalt beider Standorte sowie eine nachhaltige Sicherstellung der Finanzierung.

Um die Handlungsfähigkeit des Kreises wiederherzustellen, muss zunächst die Insolvenz abgewendet werden, was die Bereitstellung der hierfür erforderlichen Finanzmittel voraussetzt.

Die SPD Rendsburg-Eckernförde möchte mit diesem Antrag erreichen, dass dem Bürgerbegehren für den Erhalt des Standortes Eckernförde Rechnung getragen wird und beide Standorte ein wirtschaftlich tragbares Konzept erhalten.

Aufgrund der festgefahrenen Situation und der Erfolglosigkeit bisheriger Bemühungen der Geschäftsführung in den letzten Jahren kann nur ein externer Sanierungsmanager oder eine Sanierungsmanagerin die Strukturen unabhängig von Geschäftsführung und Chefärzten überprüfen. Weiter muss darauf basierend ein nachhaltig tragfähiges Konzept erstellt und umgesetzt werden. Hier sollen auch Sanierungsvorschläge der lokalen Akteure wie Hausärzte und im Gesundheitswesen tätige Organisationen in Eckernförde und Rendsburg einfließen. Das Sanierungskonzept ist dann nach Beschlussfassung in Hauptausschuss und Gesellschafterversammlung umzusetzen.

gez. Anke Götttsch